

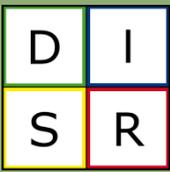
Deutsches Institut für
Stadt und Raum

Welche Anpassungen Rentensystemen – öffentlich, freiwillig und privat – sind nötig ?

Prof. Dr. Rainer Winkel

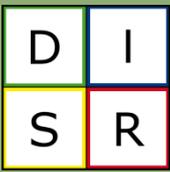
DISR Deutsches Institut für Stadt und Raum (Berlin/Wiesbaden)

14. – 15. Mai 2022



Inhalt:

- **Der Anfang, staatlich gesicherte Renten**
- **Die wesentlichen Veränderungen**
- **Handlungsbedarf / Handlungsmöglichkeiten**
- **Widerstreit der politischen Interessen**
- **Überlegungen zu Erfordernisse, Möglichkeiten u. Handlungsansätze**



Primärrahmen aus der Zeit der Rentenanfänge

- **Ursprünglich Alterssicherung Versorgung:**
 - Ersparnisse/Rücklagen,
 - Kinderreichtum zur Altenversorgung
- **Große Unsicherheiten:**
 - Schicksalsschläge
 - wirtschaftliche Fehlentwicklungen
- **Folge hohe Altersarmut**
- **Ansatz: staatlich gesicherte Renten durch Sozialgesetze 1889**
 - Aus Rücklagen Beiträge Arbeitnehmer
 - Renteneintritt: zunächst 70 J. und 30 Beitragsjahren
 - um 1900 65 J., Lebenserwartungen Jungen 44,8 J., Mädchen 48,3. J.



Wesentliche Veränderungen nach II. Weltkrieg

- **Rücklagensystem ausgehebelt (Rüstung),
Deshalb Umstellung: nach Krieg Generationsvertrag**
- **Lebenserwartung stark und ständig angestiegen
Männer 78,9 J. gegenüber 1900 um +76% Frauen 83,6 J. um +73%**
- **Demografische Wandel, seit ca. 60 Jahren ein Drittel weniger als
Sterbefälle**
Geburten reichen nicht für - Generationsvertrag
- für traditionelle familiäre Altenversorgung



Demografische Wandel spricht für Rentenprobleme

**Norbert Blüm 1986 Rentenhöhe von 70% auf 64% absenken
massive Oppositionskritik, SPD Sozialexperte Riester und Schröder.**

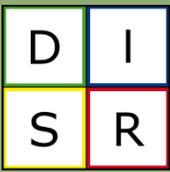
Rentenreform unter Schröder Riester:

Renten sinken bis 2030 auf 43% Nettoverdienst, Kürzung Witwenrenten von 60% auf 56% gekürzt. Zur Aufstockung staatlich gefördert private Zusatz-Rentenversicherung.

Damit: Prinzip der staatlichen Alterssicherung wurde z. T. auf private Altersvorsorge verändert.

Folgen: zunehmende Altersarmut für immer mehr Senioren

- zumal für unterste Einkommenschichten Riesterrente kaum finanzierbar war**
- die Höhe Riesterrente wesentlich geringer war**



Ansatz Regierung Merkel

- **Reaktion auf längere Lebensarbeitszeit, bis 2030 schrittweise auf 67 J. dadurch längere Arbeits-/Beitragszeit = kürzere Rentenzeit**
 - **Abschwächung durch Gewerkschaften, bei 45 Beitragsjahren Renten ab 63 J.**
- **Rententhema im Bundestagswahlkampf 2017**
- **Rentenprobleme nehmen massiv zu frühere Expertenwarnungen treffen ein.**
- **Rentenkommission „Verlässlicher Generationsvertrag“**
1 DGB, 1 DAV, 1 MdB SPD, 1 MbD, 1 MdB CDU, 1 MdB CSU, 3 Sozialexperten
d. h:
 - **2 Verbände**
 - **5 Politik**
 - **3 Sozialexperten**

Ergebnis fast belanglos



Rentensystem stimmt nicht mehr (trotz Reformansätze)

**Rentenhöhe: In Deutschland heute 53,1-51,9% Nettoverdienst aber
in Europa 7 Staaten 94,4% - 84,3% letzte Nettoverdienst
4 Staaten 78,0% - 63,3%**

z. T. bei geringere Lebensarbeitszeit

u. mindest. 5 Ländern bei längerer Lebenserwartung

Deutschland höchster EU Beitrag, Bevölkerungsabgaben am höchsten, warum so niedrige Renten?

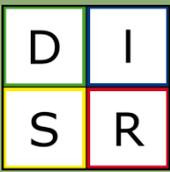
Lebensarbeitszeit laut Landesgesetz) EU:

in 22 Staaten weniger, in 7 minimal mehr als Deutschland

**Gesetzliche Renteneintritt: in Deutschland heute 65,5 J, aber
realer Renteneintritt in Deutschland Männer 64 J., Frauen 63,6 J.**

in anderen Staaten

- überwiegend niedriger, insbesondere Frauen**
- höher Baltikum, Skandinavien, Irland, Island, Portugal,**
- höher geplant in: Italien, Niederlanden, Finnland, Dänemark**

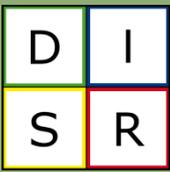


Handlungsbedarf/ Handlungsmöglichkeiten

Sehr hohen Handlungsbedarf: nichts machen, weiter so geht kaum, fast unstrittig, nur wie?

Die grundsätzlichen Möglichkeiten:

- **Steuerzuschüsse zur Rentensicherung**
- **Höhere Rentenbeiträge**
- **späteres Renteneintrittsalter**
- **Altersversorgung privatisieren**
- **Kapitaldeckung gesetzlicher Rentenversorgung**
- **Berufsständige Versorgungswerke**



Steuerzuschüsse zur Rentensicherung

- **Das System bleibt wie es ist, Sicherung Rentenhöhe durch Steuerzuschüsse** (demografisch bedingt sind immer mehr Steuerzuschüsse nötig).
- **Entsprechend sinken Mittel für Zukunftsinvestitionen**
Die Jungen arbeiten vor allem für die Alten, anstatt für ihre Zukunft.
- **Real hat diese Entwicklung eingesetzt: wachsenden Zuschussbedarf Renten und für Grundsicherung wegen niedriger, sinkender Renten.**
- **Im Ausland wird der Weg z. T. beschritten, sonst hohe Renten** (wie Österreich, Italien, Spanien u. anderen Ländern) **bei geringerer Lebensarbeitszeit und z. T. längerer Lebenserwartung kaum zu finanzieren.**



Handlungsbedarf/ Handlungsmöglichkeiten

Höhere Rentenbeiträge

Grundsätzliche Möglichkeit, Sicherung Rentenhöhe über höhere Rentenbeiträge, d.h.

- **Arbeitnehmer müssten bei ihren sehr hohen Steuern, noch höhere und immer weitere steigende Sozialabgaben entrichten**
- **Heute maximale Beitragshöhe 18,6%** (diskutiert 20% bei Extrementwicklung 24%), denn demografisch bedingt immer weniger Arbeitnehmer müssen die Alten finanzieren.
- **Demografisch bedingt müssten Beiträge immer weiter steigen**
- **Damit ließe sich Lebensstandard der Alten auf Kosten der Jungen sichern/halten.**
- **dürfte extremes politisches Konfliktpotential enthalten**



Handlungsbedarf/ Handlungsmöglichkeiten

- **65 J. Festlegung Renteneintrittsalter vor ca. 120 Jahren, Lebenserwartung um über 50%, real heute ca. 70% erhöht.**
- **Das mehr an Lebenszeit wird anteilmäßig für Erwerbstätigkeit genutzt:**
Wirkungen: - längere Zeit der Beitragszahlung und größere Zahl Erwerbstätiger
- geringe Rentenzeitdauer
- ***Statt Altersarmut - länger arbeiten und auskömmliche Rente***

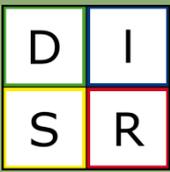
Die Kritik: Der Handwerker, Maurer Dachdecker kann nicht so lange arbeiten

- Kritik berechtigt, denn für viele Handwerker sind 65 Jahre schon heute zu viel
- Umgekehrt gibt es viele Berufe da wird real weit über 65 Jahre gearbeitet (z. B. Politik, Freiberufler, Professoren arbeiten weiter, öffentl. Bedienstete sind oft länger fit.
- die mögliche Lebensarbeitszeit ist in Berufen/für Personen höchst unterschiedlich

Deshalb:

- Lebensarbeitszeit wäre differenziert/flexibel je Beanspruchung zu regeln

Wesentliche am Modell: *Die Alten leisten großen Beitrag zu ihrer Versorgung, anstatt es der jüngeren Generation aufzubürden.*



Handlungsbedarf/ Handlungsmöglichkeiten

Altersversorgung privatisieren

- **Entspricht aktuellen Trend neoliberaler Staatswirtschaft**
- **Privatwirtschaftliche Anlagen sind ggf. hilfreich, wenn Staat sie für Anlage Rentenbeiträge nutzt.**
- **bei privater Altersversorgung trägt Rentner die Risiken, deshalb Bedenken vor 120/130 J. die zu staatlich gesicherte Renten führten, ein Risiko-Beispiel Schröder/Riesterrentenreform, ärmere Personen fallen durchs Netz.**

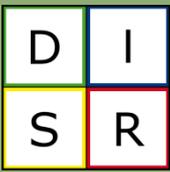
Deshalb

- **Ausreichende Grundrenten sollte staatlich gesichert sein, Staat kann privatwirtschaftliche Angebote nutzen, trägt aber evtl. Risiken**
- **Für Privatpersonen sollte private Rentenversorgung nicht für die Grundversorgung zwingend sein, ggf. nur Zusatzleistungen zur staatlichen Rente**



Kapitaldeckung gesetzlicher Rentenversorgung

- **Umstellung der Rentenversicherung auf Kapitaldeckung,**
- **Die Rentenzahlungen soll statt aus den Beiträge Arbeitnehmer aus dem Ertrag der Mittel, die am Kapitalmarkt angelegten sind, erfolgen.**
- **Grundausrichtung Abkoppelung vom Beitragsumlage, mit denen Arbeitnehmer Renten für Alte aufbringen, zum System, mit dem Arbeitnehmer ihre Rente finanzieren.**
- **Ansatz endlich richtige Richtung, hätte viel früher kommen müssen.**
- **Heute kommt das Problem des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge, womit besonders hohe Belastung auf Rentenkassen zukommt.**
- **Regierung spricht nicht von Rentenerhöhungen, sondern will mit ihrem neuen Ansatz Rentenniveau halten (nicht unter 48%)**
- **Mutmaßlich werden ergänzende privaten Zusatzversicherungen relevant.**
- **Aus meiner Sicht akzeptabel, wenn sie keine zwingende Voraussetzung für Lebensführung im Alter sind**



Berufsständige Versorgungswerke

Attraktiv und verlässlich können berufsständige Versorgungswerke sein, wie z. B. die der Architektenkammern sein, die anstelle der gesetzlichen Rentenversicherung treten.

- **Die Versorgungswerke beziehen sich jedoch nur auf Personen der betreffenden Berufsausübung.**
- **Die Personen beantragen dafür eine Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherung und leisten zukünftig ihre Beiträge an ihr berufsständiges Versorgungswerk.**
- **Die Finanzierung ist solide, da die Renten aus den Rücklagen der eingezahlten Beiträge geleistet werden und somit keine Abhängigkeit von der demografisch bedingten schrumpfenden Zahl berufstätiger Beitragszahler besteht.**

Dieses Modell ist jedoch eine Sonderlösung für bestimmter Berufsstände, das für die breite Bevölkerung nicht zugänglich ist. Deshalb können damit die anstehenden Probleme der gesetzlichen Rentenversorgung nicht gelöst werden.



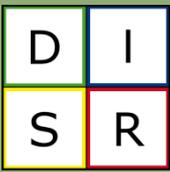
Widerstreit der politischen Interessen

- Die angesprochenen Möglichkeiten stehen im Widerstreit politischer Interessen mit hohem Konfliktpotential.
- Erhöhung der Lebensarbeitszeit wohl kaum machbar für Gewerkschaften und Sozialpolitik.
- Erhöhung der Rentenbeiträge, bei den im EU-Vergleich sehr hohen Abgabenlasten (Steuern Sozialabgaben) beinhaltet sehr hohes Konfliktpotential, schränkt Lebenschancen der Jüngeren ein.
- Die Abkehr vom Modell Generationsvertrag und Rentenfinanzierung über Kapitaldeckung meiner Meinung nach richtig, vor allem wegen demografischer Veränderungen
- Hat aber zwei Seiten:
 - Wenn privater Aufstockung für Rente zwingend ist, sehr zweifelhaft, Risiken bleiben beim Rentner, Staat nur indirekt beteiligt über Steuern zur Finanzierung Grundsicherung
 - Wenn der Staat aus Rentenbeiträgen Kapitalstock zur Rentenfinanzierung bildet und den gewinnbringend am Kapitalmarkt anlegt, um unabhängig laufender Beiträge Renten finanziert richtig, Kapitalmarkt-Risiken trägt der Staat.
- Politisch besetzte Kommissionen, wie Rentenkommission „Verlässlicher Generationsvertrag“ bringen da nichts, da werden weit eher Positionen vertreten als vorurteilsfrei, kreativ, fachlich fundiert Lösungen gesucht.



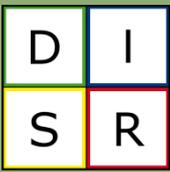
Erfordernisse, Möglichkeiten u. Handlungsansätze

- **Der neue Regierungsansatz ist richtig, nur kommt 20 Jahre oder noch länger zu spät, aber besser spät als nicht.**
- **Das Problem: Zeit bis das neue Konzept greift und ausreichende Renten ermöglicht.**
- **Deshalb werden Steuerzuschüsse zur Rentenkassen und Finanzierung Grundsicherung noch lange benötigt, die dann woanders, wie für Kapitalfonds für Rentenskapitaldeckung fehlen.**
- **Deshalb werden zusätzliche Maßnahmen für lange Zeit der Umstellung des Rentensystems kaum vermeidbar.**
- **Höhere Rentenbeiträge bei den hohen Steuern- u. Sozialabgabenbelastungen der Arbeitnehmer sehr problematisch u. zweifelhaft.**
- **Mehr Steuermittel für Renten zweifelhaft, sie müssten ständige weiter steigen und fehlen für Zukunftsinvestitionen und für Bildung Kapital zur Renten-Kapitalmarktfinanzierung**



Erfordernisse, Möglichkeiten u. Handlungsansätze

- **Deshalb wäre Veränderung Lebensarbeitszeit zu überlegen**
- **Die Festlegung 65 Jahre Renteneintritt ist schließlich 120 Jahre aus Zeit mit höheren Arbeitsbelastungen (länger Arbeiten, kein Urlaub, 6 Tage Woche) inzwischen die Lebenserwartung um ca. + 70% angestiegen ist.**
- **Wenn ein Teil dieser verlängerten Lebens-Zeit für längere Arbeitszeit eingesetzt wird, hätten die Rentenkassen erhebliche Entlastungen**
- **Natürlich muss es Regelungen für hoch belastete Berufe und weniger belastbare Personen geben.**
- **Außerdem sollten auch neue kreative Modelle einbezogen werden, wie z. B. flexible Regelungen der Lebensarbeitszeit.**
- **Beratende Expertenausschüsse mit breiter Qualifikation besetzt ohne Verbände, Politik, kein Denkverbote/Tabubereiche.**
- **Ergebnisse an Politikern bei denen die Entscheidung liegen muss.**



Erfordernisse, Möglichkeiten u. Handlungsansätze

Was aus meiner Sicht wichtig ist:

- **sukzessiv Abkoppelung vom Rentenmodell Generationsvertrag**
- **sichere, ausreichende Renten bei sozialer Ausgewogenheit.**
- **Verantwortung/Träger auskömmliche Grundrente der Staat,**
- **private Ergänzungsrenten ja, aber nicht als zwingende Voraussetzung für Grundversorgung**
- **keine einseitige Generationsbelastung**
- **Senioren/rinnen sollten machbare Leistungen zu ihrer Versorgung tragen**



Resümee

- **Für Renten besteht dringender Handlungsbedarf**
- **Deutschland muss zumindest gesichert Grund-Rentenhöhe leisten, wie andere führende Industriestaaten in der EU.**
- **Die neue Rentenausrichtung der Regierung ist richtig, aber die Umsetzung wird dauern.**
- **Für diese Zeit benötigen wir ergänzende Zwischenlösungen.**
- **Dafür ist Kreativität, Flexibilität und viel Fachverstand erforderlich, der mehr Gewicht für Rentenentscheidungen bekommen sollte, als politische oder Verbands-Doktrinen.**
- **Damit und dem neuen Rentenansatz hätten wir gute Chancen für sichere, generationsgerechte, ausgeglichene Rentenversorgung.**



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit